"Unter eine solche Geschichte lässt sich kein Schlussstrich ziehen"

Die wohlfeilste Art des Stolzes hingegen ist der Nationalstolz ... jeder erbärmliche Tropf, der nichts in der Welt hat, darauf er stolz seyn könnte, ergreift das letzte Mittel, auf die Nation, der er gerade angehört, stolz zu seyn: hieran erholt er sich und ist nun dankbarlich bereit, alle Fehler und Thorheiten, die ihr eigen sind, mit Hand und Fuß zu vertheidigen.

(Arthur Schopenhauer)

Und selbst wenn alles scheiße ist, Du pleite bist und sonst nichts kannst dann sei doch einfach stolz auf Dein Land. (Kraftklub)

Liebe Leserinnen und Leser, liebe Mitglieder des FIFF,

in Deutschland brennen wieder Asylbewerberheime.

Am 26. Mai 1993 beschloss der Deutsche Bundestag ein neues Asylrecht. Die uneingeschränkte Garantie in Artikel 16 (ursprünglich in Artikel 16, heute in Artikel 16a) des Grundgesetzes, "Politisch Verfolgte genießen Asylrecht", wurde faktisch beseitigt und durch die "Drittstaatenregelung" ersetzt. Wir erinnern uns: Zu der Zeit gab es eine Reihe von fremdenfeindlichen Brandanschlägen, denen mehrere Menschen zum Opfer fielen. Auch sonst seriöse Zeitungen berichteten von einer "Asylantenflut". Einer dieser Anschläge forderte nur wenige Tage nach dem Beschluss den Bundestages, am 29. Mai 1993 in Solingen, fünf Todesopfer. Durch die Änderung des Grundgesetzes wurde den rechtsgerichteten Brandstiftern signalisiert: Politische Gewalt zahlt sich aus.

Europarechtlich fanden die neuen Verfassungsprinzipien später Eingang in das Dubliner Übereinkommen und seine Folgeverträge Dublin II und Dublin III. Sie erlegen den Anliegerstaaten des Mittelmeers durch ihre Randlage eine erhebliche Last auf, während Staaten wie Deutschland bisher versuchten, sich der Verantwortung zu entziehen – kaum ein Flüchtling wird über die Nordsee zu uns kommen. Programme zur Rettung von Flüchtlingen, die auf dem Mittelmeer schiffbrüchig werden und ertrinken, wie Mare Nostrum, wurden längere Zeit nicht mehr finanziert. Gleichzeitig sind zigtausende Menschen in den letzten Jahren im Mittelmeer ertrunken. Inwieweit Aufnahmequoten für Flüchtlinge dieser Situation abhelfen, bleibt abzuwarten.

In diesen Tagen begehen wir den siebzigsten Jahrestag des Endes des Zweiten Weltkrieges. Schaltet man den Fernseher ein, sieht man auf vielen Kanälen immer wieder die deutsche Geschichte mit der nationalsozialistischen Herrschaft. Doch es mutet häufig an, als ob es jemand anders wäre, der damals die Verantwortung getragen hat, wir damit überhaupt nichts zu tun haben. "Der 8. Mai war ein Tag der Befreiung. Er hat uns alle befreit von dem menschenverachtenden System der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft", so der damalige Bundespräsident Richard von Weizsäcker in seiner zu Recht vielbeachteten und -gelobten Rede zum vierzigsten Jahrestag am 8. Mai 1985. Doch wen hat er wirklich befreit? Die Deutschen vom Nationalsozialismus, oder Europa von den nationalsozialistischen Deutschen?

"Unter eine solche Geschichte lässt sich kein Schlussstrich ziehen", sagte der Historiker Heinrich August Winkler in seiner



Rede zum gleichen Anlass 2015. Doch was bedeutet das? Welche Lehren lassen sich aus 1945 – und aus 1933 – für die heutigen rechtsradikalen Gewalttaten und für die Situation am Mittelmeer ziehen?

Wir sollten uns nochmals die Worte von Bundespräsident Richard von Weizsäcker in Erinnerung rufen: "Die Bitte an die jungen Menschen lautet: Lassen Sie sich nicht hineintreiben in Feindschaft und Haß gegen andere Menschen, gegen Russen oder Amerikaner, gegen Juden oder Türken, gegen Alternative oder Konservative, gegen Schwarz oder Weiß. Lernen Sie, miteinander zu leben, nicht gegeneinander."

Eine Ausgeburt des nationalsozialistischen Deutschlands war die Abteilung Fremde Heere Ost, geleitet von Reinhard Gehlen, aus der später die Organisation Gehlen und letztendlich der Bundesnachrichtendienst hervorging. Nachdem die Enthüllungen von Edward Snowden zur Massenausspähung durch Geheimdienste bereits wieder in Vergessenheit zu geraten drohten - ohne substanzielle politische Konsequenzen nach sich zu ziehen -, überschlagen sich hier gerade die Ereignisse. Medienberichten zufolge gibt es Hinweise darauf, dass der Bundesnachrichtendienst im Auftrag einer ausländischen Macht nicht nur die deutsche Bevölkerung, sondern auch die deutsche Industrie ausspioniert hat. Auch die Rolle des Bundeskanzleramts und der Bundeskanzlerin selbst wird immer undurchsichtiger. Es ist wenig glaubhaft, dass die Machenschaften des Bundesnachrichtendienstes im Bundeskanzleramt völlig unbekannt waren - und damit ist es auch wenig glaubhaft, dass die Bundeskanzlerin selbst nicht gewusst haben soll, was dort vor sich geht. Gerade entwickelt sich die öffentliche Debatte über das angeblich von den USA 2013 in Aussicht gestellte No-Spy-Abkommen. Sie erschüttert die Glaubwürdigkeit der Bundeskanzlerin und der Bundesregierung – damit weitet sich die Ausspähaffäre endgültig zur Staatsaffäre aus.

Fast nicht mehr überraschend ist dann eine weitere Enthüllung dennoch macht sie sprachlos: Journalisten, die kritisch über die Defizite des Sturmgewehrs der Bundeswehr, dem G36, berichten wollten, sollten offenbar mit Hilfe des Militärischen Abschirmdienstes (MAD) mundtot gemacht werden. Auch wenn der MAD dies anscheinend abgelehnt und die Bundesministerin der Verteidigung klar dagegen Position bezogen hat: Es ist ein weiteres Beispiel für die Verselbständigung deutscher Behörden und der deutschen Geheimdienste. (Gleichzeitig ist es aber auch erstaunlich, wie offen inzwischen über Defizite der Bundeswehr öffentlich debattiert wird - vor fünfzig Jahren lösten Berichte über deren "bedingte Abwehrbereitschaft" noch die Spiegel-Affäre aus.)

Mit FIfFigen Grüßen

Stefan Hügel



erschienen in der FIfF-Kommunikation, worried that the other would herausgegeben von FIfF e.V. - ISSN 0938-3476 www.fiff.de

atschland vom 1. Untersuchungsaus-

FIfF-Kommunikation 2/15 5